

Studenten setzen Protestzeichen am Kroch-Hochhaus

Gebäude mit zwei Transparenten bestückt

Protestbanner an prominenter Stelle: Uni-Studenten haben gestern das Kroch-Hochhaus am Augustusplatz zur Projektionsfläche für ihre Fundamental-Kritik an der sächsischen Hochschulpolitik gemacht. An dem Gebäude, das das ägyptische Museum der Alma mater beherbergt, installierten sie zwei Transparente. Weithin sichtbar ist darauf zu lesen „Ohne Bildung und Kultur wird Sachsen zum Unland!“ und „Stoppt den Tod der Hochschulen!“.

Jetzt schlägt's 13. Als die Uhr am Kroch-Hochhaus vom Geläut begleitet eben jene Zeit anzeigte, stimmten rund 40 Kommilitonen vor dem Gebäude ein Pfeifkonzert an, während andere die Fassade mit den Bannern drapierten. „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“, wurde skandiert und gegen das „Spardiktat des Freistaates“ mobil gemacht. Wie berichtet, sieht der Hochschulentwicklungsplan vor, dass bis 2020 an den Akademikerschmieden des Landes über 1000 Stellen wegfallen sollen. Im Zuge dessen hatte das Uni-Rektorat die Institute für klassische Archäologie und für Theaterwissenschaft auf die Streichliste gesetzt, nachdem vorher bereits die Pharmazie-Ausbildung als Auslaufmodell deklariert worden war. Künftig wegfallen soll auch ein Lehrstuhl für physikalische Chemie. Rektorin Beate Schücking hatte mit Blick auf die Zeit ab 2016 erklärt, sie könne die Abwicklung ganzer Fakultäten nicht ausschließen, weil dann ein noch größerer Aderlass drohe. Bis 2015 muss die Alma mater 72 Stellen abbauen, danach würden nach den jetzigen Vorgaben noch über 100 weitere dem Rotstift zum Opfer fallen. Angesichts der laufenden und perspektivisch anstehenden Kürzungswellen machen die Studenten seit Wochen mobil. Mit Flashmobs, Demonstrationen und Petitionen. Sobald Mitglieder des Kabinetts in Leipzig auftauchen, sind studentische Aktivisten zur Stelle. „Wir sind immer und überall, haben stets Transpis dabei“, ist ihre Devise. Über einen Internet-Blog sind sie vernetzt und reagieren zeitnah auf Besuche

aus Dresden. Als Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) am Montag in Leipzig war, empfing ihn vor dem Neuen Rathaus die Protestgemeinde. Beim Wortgefecht erklärte Tillich, die Hochschulen hätten das Privileg einer Planungssicherheit bis 2016. Sie müssten aber – wie alle anderen Bereiche auch – ihren Beitrag zur weiteren Haushaltskonsolidierung leisten. Außerdem sorgen das Überlast- und das Bildungspaket für viele zusätzliche Stellen.

Mit diesem Trostpflaster wollen sich die Studenten nicht zufrieden geben. Damit stopfe das Wissenschaftsministerin nur kurzfristig jene Löcher, die es durch Fehlprognosen bei der Studiennachfrage selbst geschaffen habe. „Wir ziehen den Protest zunächst bis zur Landtagswahl durch“, gab gestern Matthias Meinecke vom Archäologie-Fachschaftrats die Marschrichtung vor. „Wir werden nicht kampflös zusehen, wie trotz steigender Studierendenzahlen, Studiengänge geschlossen und Institute dicht gemacht werden müssen.“ Es echote lautstark von den versammelten Kommilitonen: „Pharmazie bleibt, Archäologie bleibt, Theaterwissenschaft bleibt.“ Letztere steht inzwischen auf der Roten Liste des Deutschen Kulturrates. Akut bedroht sei die einzige Einrichtung zum Studium der Theaterwissenschaft in den neuen Bundesländern, warnte das Gremium.

Auf Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) wird nicht nur auf einem der am Kroch-Hochhaus hängenden Transparente namentlich angespielt, er bekam gestern auch eine verbale Breitseite. Während der Freistaat im Rahmen der Beinahe-Pleite der Sachsen LB mit riesigen Beträgen einstehe, sei nachhaltige Bildungsfinanzierung hier offenbar ein Fremdwort, hieß es bei der Aktion, zu der diverse Studenten kostümiert erschienen. Als Herkules etwa oder als antike griechische Bürger, die sich schützend vor das Antikenmuseum der Uni stellen, dessen Zukunft ungewiss ist. „Wir betreiben es ja mit und profitieren in der Ausbildung von ihm – und das soll auch so bleiben“, meinte Archäologie-Student Marco Blechschmidt.

Mario Beck

Studierendenschaften Positionspapier mit Forderungen an die Politik

Zeitgleich mit der Transparent-Aktion der Studenten am Kroch-Hochhaus in der Leipziger City hat die Konferenz sächsischer Studierendenschaften (KSS) gestern ein Positionspapier zu den Landtagswahlen veröffentlicht. Darin wird unter anderem die Rücknahme der den Hochschulen auferlegten Stellenkürzungen gefordert. „Es wird interessant sein, zu erfahren, wie die Parteien eine umfassende Finanzierung der Hochschul-Landschaft künftig umsetzen wollen, um der weiteren Schließung von Studiengängen vorzubeugen“, sagte Adelheid Noack, die dem KSS-Ausschuss für Hochschulpolitik vorsteht und zugleich Referatsleiterin beim Studentenrat der Leipziger Uni ist. Weiterer Kritikpunkt ist die nach KSS-Auffassung zu geringe Finanzausstattung der vier Studentenwerke im Freistaat. Es sei schockierend, wie massiv diese aufgrund der unzureichenden Landeszuschüsse die Semesterbeiträge gegenüber erhöhen mussten, um der Mangelverwaltung entgegenwirken zu können, heißt es in dem Positionspapier. Wie berichtet, steigt der Semesterbeitrag für das Leipziger Studentenwerk demnächst um fünf Euro auf dann 75 Euro. Außerdem müsse eine kritische Auseinandersetzung mit dem sächsischen Hochschul-Freiheitsgesetz erfolgen, so die KSS.

mabe

Stadtentwicklung CDU kritisiert Baubürgermeisterin

Die CDU Grünau hat scharfe Kritik an Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau (parteilos) geübt. Nach der Präsentation des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sagte der Ortsverbandsvorsitzende Andreas Habicht: „Bei der gesamten Veranstaltung gab es keinen konkreten Vorschlag durch die Baubürgermeisterin. Man bekam den Eindruck, sie wolle sich des Stadtteils annehmen, ohne ihn wirklich besucht zu haben, geschweige denn, ihn zu kennen. So kann man einen vernachlässigten Stadtteil nicht aufwerten.“

Grünau sei nur durch das große Engagement vieler Einwohner zu einer Perle Leipzigs entwickelt worden, erklärte auch Vize-Ortsverbandsvorsitzender Marcus Mündlein. Die Verwaltung habe den Stadtteil „stiefmütterlich behandelt“. Den Absichtserklärungen, so die CDU-Funktionäre, müssten nun Taten folgen.

luz